**Haushaltsrede**

zum HHP 2021

Marianne Erdrich-Sommer

Im Kreistag Esslingen

Es gilt das gesprochene Wort

Herr Landrat, meine Damen und Herren

Die Pandemie hat uns fest im Griff und ist das Hauptthema der Menschen und der Politik. Das treibt uns alle um. Dennoch haben wir die Aufgabe, einen guten und zukunftsfähigen, also keinen kurzsichtigen Haushalt für den Landkreis zu verabschieden. Darauf will ich mich konzentrieren.

Neben Corona war für uns Grüne im laufenden Jahr die Diskussion um das integrierte Klimaschutzkonzept (IKK) eines der wichtigsten politischen Themen im Kreistag. Während wir bei der Corona-Pandemie auf einen Impfstoff hoffen können, wird es für die Klimakrise keine ähnliche Lösung geben. Aber: während die Pandemie uns Verzicht und Beschränkungen auferlegt, werden Konzepte gegen die Erderwärmung eher Verhaltensänderung von uns verlangen - mehr Fahrrad statt Auto, mehr E-Mobilität statt Benzinschlucker, mehr intelligente Technologie statt Wegwerfprodukte und und und. Wir sind den Klimaveränderungen nicht machtlos ausgeliefert und der Landkreis zeigt mit dem IKK Maßnahmen auf, wie wir unseren Teil zur Bewältigung der Klimakrise beitragen können.

Die strukturellen Umsetzungen des Konzepts sind ja im Gange, die notwendigen Stellen sind besetzt oder im Stellenplan aufgeführt. Die Klimaschutzagentur wird gerade installiert. Gut, dass die großen Kreisstädte und die Kommunen des Landkreises da mitziehen. Nur, Strukturen sind lediglich notwendige Voraussetzungen, helfen dem Klima aber noch nichts. Daher müssen wir nun auch zügig Maßnahmen umzusetzen, die uns im Konzept aufgezeigt werden. Ziele formulieren ist notwendig, allerdings immer weiter nur Ziele formulieren, wie es letztens im ATU beantragt wurde, bringt nicht weiter. „Was nicht zur Tat wird, ist wenig wert.“ hat Gustav Werner, Pfarrer und Stifter gesagt. Wir brauchen tätiges Handeln, um die Erderwärmung zu stoppen. Ich möchte unseren Landrat in der Einbringungsrede zitieren.“ Klimaschutz bleibt eine zentrale Herausforderung. Wir wollen auf der Basis des Konzeptes und der darin vereinbarten Ziele jetzt loslegen.“ Jawohl, Herr Landrat! Deshalb beantragen wir, für die Umsetzung der ersten Maßnahmen schon im kommenden Jahr 200.000 € in den Haushalt einzustellen. Schauen wir uns die dramatischen Folgen der Klimaerwärmung an, wird klar: Wir haben nicht mehr viel Zeit, die Klimakatastrophe noch abzuwenden. Daher: keine weitere Verzögerung – jede Kraftanstrengung ist notwendig. Packen wir’s an.

Aufgrund der Pandemie wurde einer Entwicklung wenig Beachtung geschenkt. Die Steuerkraftsummen gingen im Landkreis Esslingen entgegen dem Landestrend in den letzten beiden Jahren zurück. Nicht bedrohlich, aber deutlich: 1,3% und 1% gegenüber dem jeweiligen Vorjahr. Hier zeigt sich der Strukturwandel in unserer Automobil- und Maschinenbauregion und es muss alles getan werden, um hier gegenzusteuern.   
Aber gegensteuern tut man nicht, indem man versucht, den Strukturwandel zu blockieren. Wir waren und sind im Land der Tüftler und Denker doch immer dann gut, wenn wir vornedran sind, also als erste Neues erdacht und Neues entwickelt haben, Vorreiter sind. Es gilt also, den Wandel zu fördern, die Umstellung auf Neues und Neuentwicklungen zu unterstützen.  
Dass sich der Kreis mit einem Mobilitätskonzept für mehr emissionsarme Fahrzeuge einsetzt und zeigt, was da geht, begrüßen wir. Sowohl die E-Mobilität als auch die Wasserstofftechnologie haben ihren Platz in diesem Vorgehen. Dieser klimapolitische Strukturwandel kostet Geld, aber Nichtstun wird vier bis sechs Mal so teuer, sagt die Wissenschaft. Auch hier ist tätiges Handeln gefragt.

Den Strukturwandel wird der Landkreis auch im Sozialbereich spüren, zusätzlich zu den Folgen der Pandemie. Nun ist der Kreis im Sozialbereich recht gut aufgestellt. Es wurden 20 Stellen in der sozialen Arbeit und Beratung neu geschaffen. Kinder- und Jugendschutz wird gestärkt. Dennoch werden in den nächsten Jahren gewaltige Verwerfungen in der Gesellschaft zu erwarten sein, mit entsprechenden Folgen auf den sozialen Leistungsbereich - und das bei zurückgehenden Steuereinnahmen. In einigen Aufgabenfeldern sind weitere Verbesserungen dringend notwendig: Hilfen für traumatisierte Geflüchtete und Maßnahmen gegen Diskriminierung, Antisemitismus und Rassismus. Wir stellen dazu Anträge und hoffen auf gute Beratungen.

Kinder und Jugendliche sind in der Pandemiediskussion oft nur als Schüler\*innen wahrgenommen worden. Die erschwerte Freizeitgestaltung der jungen Menschen wurde wenig thematisiert. Kindern und Jugendlichen auch in der kalten Jahreszeit unter verschärften Corona-Bedingungen Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten zu schaffen, darauf zielt ein weiterer Antrag. Damit soll die häuslicher Enge entzerrt werden und psychische Spannungs- und Abhängigkeitssituationen vermindert werden. Wir wollen das Recht von Kindern und Jugendlichen auf Teilhabe und Selbstbestimmtheit sowie auf erforderliche Entwicklungsräume und -chancen stärken. Hierzu zählt in hohem Maße auch die Begegnung, die Bewegung, das Gehört werden und das Lernen mit und durch andere Kinder und Jugendliche.

Lernen mit und durch andere Kinder passiert auch im inklusiven Kontext, wenn er gut gestaltet werden kann. Hierfür braucht es ausreichend Ressourcen und eine Haltung des Wollens, alle Kinder und Jugendliche in ihrer Vielfalt zusammen und in die Begegnung zu bringen, soweit es ihren Möglichkeiten und Bedürfnissen entspricht. Dafür werden wir uns engagiert einsetzen.

Der Nahverkehrsbereich leidet unter massiven Fahrgastverlusten während der Pandemie. Dennoch muss sich der ÖPNV in der Region, schon aus klimapolitischen Gründen, weiterentwickeln. Der Nahverkehrsplan, der Ende 2021 verabschiedet werden soll, muss den 15-Minuten-Takt auch bei den Busanbindungen garantieren. Auch die Verbesserung des gesamten Netzes ist dringlich notwendig. Die Erhöhung der Fahrpreise halten wir nicht für zielführend in einer Region, in der die Nutzer bereits über Gebühr an der Finanzierung des ÖPNV beteiligt werden. Natürlich: Die Ausgaben für den ÖPNV belasten den Kreis sowohl bei den Investitionen wie auch den laufenden Kosten enorm. Wir GRÜNEN setzen uns daher seit langem für eine Nahverkehrsabgabe ein, die die Kosten des ÖPNV auf alle Verkehrsteilnehmer\*innen verteilt. Damit kann der ÖPNV im Preis attraktiv gemacht werden, mehr Nutzer\*innen gewonnen werden und die Infrastruktur verbessert werden. Und Handwerk und Wirtschaft kann ein Straßennetz überlassen werden, das nicht von ständigen Staus geplagt ist.   
Überhaupt nicht einverstanden sind wir mit der Praxis, die Tariferhöhungen im Kreistag nur noch im Nachhinein abnicken zu können. Wir stellen dazu den Antrag, zukünftig vor Entscheidungen des VVS-Aufsichtsrates über Tariferhöhungen ein bindendes Votum des Kreistages einzuholen.

Ein großes Vorhaben ist der Bau des Neuen Landratsamtes am Standort Esslingen. Wir stehen zum Neubau und hoffen, dass er ökologisch die Vorbildfunktion einnimmt, die wir uns davon erwarten und wie sie auch geplant ist. Die finanziellen, organisatorischen und ökologischen Bedingungen sind von Verwaltung und Kreistag genau geprüft worden. Nach unserer Überzeugung ist der Neubau rundum nachhaltig und vernünftig. Allerdings sind die Stellplatzzahlen bisher zu großzügig gerechnet. Der Bau ist für die nächsten 50 Jahre konzipiert, absehbare Änderungen im Verkehrsverhalten müssen bereits heute berücksichtigt werden. Teure Tiefgaragenplätze dürfen unseres Erachtens nur für den dringlichsten Bedarf gebaut werden. Um einen Anreiz zu schaffen, auch mit dem Fahrrad zur Arbeit zu kommen - übrigens eine der ökologischsten Fortbewegungsmöglichkeiten - wollen wir den radelnden Mitarbeiter\*innen eine finanzielle Prämie gewähren. Vorbild dafür kann das entsprechende Förderprogramm der Kreissparkasse Esslingen sein.

Einer der sich abzeichnenden Streitpunkte dieser Haushaltsberatungen ist die Höhe der Kreisumlage. Auch in diesem Jahr wird es verschiedene Standpunkte hierzu geben. Die Fraktion der Grünen folgt auch hier den Grundsatz der Nachhaltigkeit.

Die nächsten Jahre werden finanziell nicht einfach werden: die Nachfrage nach Sozialleistungen wird steigen, gleichzeitig werden die Steuereinnahmen spürbar zurückgehen.   
Auch wir wollen die erwirtschafteten Überschüsse und Rücklagen der Vorjahre zur Sicherung unserer Aufgabenerfüllung und zur Entlastung der Kreisumlage einsetzen. Aber wir wollen die vorhandenen Entlastungsmöglichkeiten auf die kommenden schwierigen Jahre gut und nachhaltig verteilen. Noch unterstützen Bund und Land die Menschen, Wirtschaft und Kommunen massiv, die tatsächlichen finanziellen Auswirkungen der Pandemie werden wir erst in den nächsten Jahren zu spüren bekommen. Auch dann brauchen wir noch finanziellen Handlungsspielraum. Daher stützen wir GRÜNEN den Kurs der Verwaltung, in Jahre 2021 einen Hebesatz von 30,8 Punkten Kreisumlage zu veranschlagen. Heute verkraften die Kommunen eine Kreisumlage von 30,8 Punkten noch, in den nächsten beiden Jahren wird jedes Zehntel Kreisumlage mehr doppelt so weh tun wie heute.

Wir sehen schon, dass es machen Kommunen schon heute finanziell nicht mehr gut geht. Deshalb aber heute schon allen finanziellen Spielraum aufzubrauchen ist kurzsichtig. Der Sozialbereich wird in den nächsten Jahren mehr Ressourcen verbrauchen. Da ist eine Vorsorge für eine dann auch noch verkraftbare Kreisumlage vorausschauendes und nachhaltiges Handeln, und das braucht eine Krisenzeit wie diese.

Ein unsicheres Jahr steht uns bevor, sowohl finanziell, als auch bezüglich des Pandemiegeschehens und der Klimaveränderung. Gemeinsam können wir die Herausforderungen bewältigen. Dafür wünsche ich uns allen eine glückliche Hand.